

TRANSKRIPT DER #ASKDRAGHI-VIDEOS

Ismail aus Italien hat per Facebook eine Frage zur wirtschaftlichen Erholung in Europa gestellt, nämlich: „Wann wird sich Europa vollständig von der Rezession erholt haben?“

Nun, Europa hat sich bereits von der Rezession erholt. Allerdings hatten wir es mit einem äußerst schweren, wahrscheinlich – nein, sogar ziemlich sicher – mit dem stärksten Wirtschaftsabschwung seit der Großen Rezession in den 1930er-Jahren zu tun.

Millionen Arbeitsplätze sind verloren gegangen, und für junge Menschen war es außerordentlich schwer, eine Arbeit zu finden.

Doch seit nunmehr viereinhalb Jahren wächst die Wirtschaft in Europa stetig. Die Beschäftigungszahlen sind auf einem Rekordstand. In den vergangenen dreieinhalb Jahren wurden 7 Millionen Arbeitsplätze geschaffen.

Allerdings sollten wir genau betrachten, was sich hinter diesen Zahlen verbirgt.

Insbesondere muss die Qualität dieser Arbeitsplätze verbessert werden, da es sich häufig um befristete Positionen oder Teilzeit-Stellen handelt.

Die Lage ist eindeutig besser, doch es gibt noch einiges zu tun.

Zurückführen lässt sich all dies vor allem auf unsere Geldpolitik. Dank unserer Maßnahmen sind die Zinsen seit geraumer Zeit niedrig. Dadurch konnten Kredite aufgenommen, Immobilien erworben, Investitionen getätigt und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wir müssen also weiterarbeiten und dürfen die wichtigsten Probleme nicht aus dem Auge verlieren, doch die Lage hat sich eindeutig verbessert.

Jan aus Belgien bereitet das Thema Arbeitslosigkeit Sorgen. Er hat über Twitter gefragt: „Angenommen, aufgrund von künstlicher Intelligenz und Robotern kommt es zu einer enormen Jugendarbeitslosigkeit. Was wird die EZB dann tun?“

Nun, die Sorge, dass durch technischen Fortschritt Arbeitsplätze vernichtet werden, ist wohl genauso alt wie die industrielle Revolution, mit der alles begann.

Die bis dato gesammelte Erfahrung zeigt, dass durch die Einführung technologischer Neuerungen tatsächlich mehr Arbeitsplätze geschaffen werden als verloren gehen.

Und wir können recht optimistisch sein, dass dies der Fall sein wird.



Das setzt jedoch zweierlei voraus: Erstens: Von den Vorteilen, die den Sektoren entstehen, in denen die neue Technologien eingeführt werden, profitiert auch die übrige Wirtschaft, sodass in anderen Sektoren neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Zweitens: Diejenigen, die ihren Arbeitsplatz aufgrund neuer Technologien verloren haben, können in anderen Wirtschaftssektoren eine neue Anstellung finden.

Ein solcher Wechsel verläuft oftmals nicht einfach bzw. reibungslos. Darum muss der Staat aktiv werden, Aus- und Weiterbildung fördern, damit Menschen auf ihre neuen Tätigkeiten vorbereitet werden.

Victoria aus Frankreich interessiert Folgendes: „Wie können wir Blockchain-Technologie nutzen, um die Wirtschaft zu fördern?“

Die Blockchain-Technologie ist in der Tat recht vielversprechend. Dank ihr können bestimmte Prozesse sehr viel schneller ablaufen als bislang.

Rechnungen z. B. können unmittelbar nach ihrem Eingang und automatisch beglichen werden.

Als neue, aussichtsreiche Technologie dürfte Blockchain die Wirtschaft unterstützen und viele Vorteile bringen.

Für uns ist die Blockchain-Technologie von großem Interesse, für den Zentralbankbereich ist sie aber noch nicht sicher genug. Darum bedarf es weiterer Recherche und Forschung.

Da der Forschungsprozess durchaus komplex ist, arbeiten wir in diesem Bereich mit der japanischen Zentralbank zusammen. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass die Blockchain-Technologie in Zukunft sehr nützlich sein wird.

Aus Italien erreicht uns eine Frage zu Bitcoin. Italo würde gerne wissen: „Wenn Sie, wie ich, Student wären: Würden Sie in Bitcoins investieren und diese als finanzielle Absicherung halten?“

Ich kann Italo natürlich keine Anlagetipps geben. Aber ehrlich gesagt, würde ich mir das gut überlegen.

Bekanntlich ist ein Euro morgen auch noch einen Euro wert. Der Euro ist also eine stabile Währung. Der Wert des Bitcoin hingegen schwankt sehr stark.

Aus diesem und anderen Gründen würde ich Bitcoin auch nicht als Währung bezeichnen.

Hinter dem Euro steht die Europäische Zentralbank und hinter dem US-Dollar die amerikanische Notenbank. Währungen werden also entweder von Zentralbanken oder von Staaten gesichert. Beim Bitcoin ist dies nicht der Fall.



Übrigens habe ich gesehen, dass viele wissen wollten, ob die EZB Bitcoins verbieten oder regulieren wird.

Dazu möchte ich anmerken, dass dies nicht in der Verantwortung der EZB liegt.

Christiaan aus den Niederlanden wollte wissen: „Sind die EU und die EZB Ihrer Meinung nach in der Lage, ausreichend Reformen vorzunehmen, um künftig gegebenenfalls eine weitere große Wirtschaftskrise abwenden zu können?“

Nun, um diese Frage zu beantworten, sollten wir uns zunächst ins Gedächtnis rufen, wie es zu Beginn der Krise um die verschiedenen Länder bestellt war.

Damals hatten sie mit vier großen Problemen zu kämpfen: Erstens waren viele Volkswirtschaften des Euroraums nicht wettbewerbsfähig.

Zweitens waren die meisten Staaten hochverschuldet, weshalb die Regierungen keinen Spielraum hatten, der Krise durch höhere Ausgaben entgegenzuwirken. Auch die Haushaltsdefizite waren hoch.

Drittens waren auch die Schuldenstände von privaten Haushalten und Unternehmen beträchtlich. Daher konnten die Menschen plötzliche Einkommensverluste nicht durch weitere Kredite ausgleichen.

Viertens war das Finanzsystem, genauer gesagt das Bankensystem, sehr schwach und anfällig, und die Währungsunion noch nicht vollendet und konnte der Krise somit nicht effektiv entgegenwirken.

Meiner Meinung nach wurden bei all diesen Punkten zwischenzeitlich deutliche Fortschritte erzielt: Viele Volkswirtschaften sind heute wettbewerbsfähiger als zuvor, und die öffentliche Verschuldung ist zurückgegangen. Dennoch bleibt noch einiges zu tun.

Die Verschuldung von privaten Haushalten und Unternehmen ist gesunken, und das Finanzsystem wurde stärker reglementiert. Außerdem wurde eine einheitliche Bankenaufsicht für die Währungsunion geschaffen.

Es hat sich also einiges getan, doch wir müssen weiter an der Wettbewerbsfähigkeit arbeiten, den Schuldenabbau fortsetzen und die Integration in der Währungsunion vorantreiben.

Und das haben die Regierungen auch auf ihrer Agenda.